



SPIEGEL Titel

Schwarzen-Protest in Südafrika: Afrikas weißer Stamm bangt um sein Überleben

Südafrika: „Wut wie bei Sklavenaufständen“

Weißer Bergleute nehmen die Pistole mit unter Tage, Bürger stocken ihre Munitionsvorräte auf: Weiß-Südafrika rüstet sich für den großen Kampf gegen die schwarze Mehrheit. Landesweit flammen Unruhen auf, seit

letztem September kamen 400 Schwarze um. Die Staatsmacht schlägt brutal zu – und bietet dennoch verblüffende Konzessionen an. Das weiße Regime ist nicht mehr berechenbar. Firmen beginnen sich abzusetzen.

Eine weiße Familie, in den Busch geflüchtet, hört im Transistorradio die Schreckensbotschaften aus Johannesburg:

„Um den Jan-Smuts-Flughafen fanden heftige Kämpfe statt; die Stadtmitte, unter Kriegsrecht, war in der letzten Nacht ruhig, aber man hatte Geschützfeuer gehört und verworrene Berichte von schweren Kämpfen in östlichen und nördlichen Vororten.“

„Das Rote Kreuz bat um Blutspenden. Das Gaswerk war angegriffen worden.“

„Der amerikanische Kongreß beriet über die Errichtung einer Luftbrücke für amerikanische Staatsangehörige. Die Flughäfen von Kapstadt, Durban und Port Elizabeth waren geschlossen, die Seehäfen bombardiert und blockiert.“

In Südafrika tobt der große Rassenkrieg. Die Schwarzen greifen im Land selbst und von außerhalb an. Die schwarze Lawine treibt Weiße in Panik zu Flucht-Flugzeugen, die im Feuer hitzegenkter Raketen liegen. Andere suchen Rettung in den Dörfern ihrer Diener. Vertriebene Villenbewohner verstecken sich in primitiven Kraals. Aus Herren



* Am 1. Mai 1985 in Johannesburg.

Weißer Polizist, schwarze Gewerkschafter: „Revolutionäres Klima“



sind Gehetzte geworden. Ein Zeitalter geht zu Ende.

Das düstere Bild vom gewaltsamen Ende der jahrhundertalten weißen Herrschaft am Kap zeichnet die Südafrikanerin Nadine Gordimer in ihrem Roman „July's Leute“*. Die Erfolgsautorin erzählt von Landsleuten, die „sich und allen anderen gesagt hatten, das hier sei die Heimat und nirgendwo sonst“, und die sich nun „als weiße Parias, auf einem schwarzen Kontinent geboren“ wiederfinden:

Sie haben mit ihrem Besitz ihre Würde eingebüßt, mit ihrer gesellschaftlichen Stellung ihre Identität. Die schwarze Revolution frißt die weißen Kinder Afrikas.

Alpträume, wie sie Nadine Gordimer beschreibt, verdrängten die Weißen am Kap bisher. Defätismus war Schwäche, verpönt bei Menschen, die nicht – wie Engländer, Franzosen und Portugiesen – einfach in ein „Mutterland“ zurückkehren können, die sich zudem als Kolonisatoren und Missionare fühlten.

Südafrikas 4,8 Millionen Weiße machten sich lieber Mut – obschon die Mehrheit von über 22 Millionen Schwarzen sowie 3,7 Millionen Mischlingen und Asiaten immer schon erdrückend war: Sie beriefen sich darauf, daß ihnen ihr Untergang schon oft vorausgesagt worden sei. Noch aber hatten die Buren alle Stürme am Kap überstanden.

Sie überstanden Sharpeville 1960, als die Polizei 69 Schwarze tötete, die gegen diskriminierende Paßgesetze demonstriert hatten, und eine weltweite Pro-

testwelle gegen den Rassistenstaat Südafrika losbrach. Sie überstanden 1963 einen internationalen Waffenboykott sogar glänzend: Ihr Land entwickelte sich vom Importeur zum Exporteur von Rüstungsgütern.

Sie überstanden die Ölsanktionen der Opec: Die Südafrikaner lernten, Treibstoff wirtschaftlich aus Kohle zu gewinnen, und horteten zudem in riesigen Erdbunkern Ölreserven für zehn Jahre.

Sie überstanden Soweto 1976, als Schülerproteste gegen die verhaßte Burensprache Afrikaans zu Schlachten mit den Sicherheitskräften führten. Der Aufstand griff auf das ganze Land über, die Polizei schoß, 575 überwiegend jugendliche Schwarze kamen ums Leben.

„Wir schlugen uns in ohnmächtiger Wut die Brust“, erinnert sich der schwarze Kolumnist Aggrey Klaaste an den 16. Juni 1976 in Soweto, „und schüttelten

die Köpfe in stiller Bewunderung für Schulmädchen, die in Turnanzügen gegen gepanzerte Fahrzeugemarschierten.“

Im Frühsommer 1985 aber spricht Südafrikas Staatspräsident Pieter Willem Botha von einer „drastischen Eskalation des revolutionären Klimas“.

Südafrikas Regierung sieht mit Entsetzen, wie von ihr errichtete Strukturen zusammenbrechen. Aufgebrachter Mob griff überall im Land die von den Behörden unterstützte Eingeborenverwaltung an. Schwarze töteten fünf schwarze Stadträte, verprügelten über 100, brannten 66 „Kollaborateuren“ die Häuser nieder. Von über hundert schwarzen Lokalverwaltungen Ende 1984 funktionierte im Mai kaum noch ein Dutzend.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht junge Schwarze die Autorität des Apartheidstaates mit Steinen und Molotow-Cocktails herausfordern – von Tzaneen



Ermordung eines schwarzen Kollaborateurs: „Punkt ohne Umkehr“

* Nadine Gordimer: „July's Leute“. S. Fischer Verlag, Frankfurt 1985; 207 Seiten.



Brutalität – Selbstzweifel und Widersprüche Südafrikas Herrschaftssystem.

Bettelten damals noch schwarze Politiker um Gehör bei den Weißen, verkündet heute ein Gemäßigter wie der Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu: „Die Apartheid kann nicht reformiert, sondern nur abgeschafft werden.“

Waren damals schwarze Gewerkschaften noch nicht zugelassen, zählen sie heute mehrere Hunderttausend Mitglieder, sind sie sich ihrer schärfsten Waffe bewußt geworden: daß sie die weiße Herrschaft durch Arbeitsverweigerung aus den Angeln heben können.

Galt Südafrika damals noch als todsicheres Investitionsland, breitet sich heute im Westen eine Bewegung aus, für die eigens ein neues Wort geprägt wurde – „Disinvestment“:

Amerikas Kongreß ist dabei, per Gesetz den US-Banken zu verbieten, in Südafrika weiter Geld anzulegen. Frankreich droht mit dem Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen. Firmen wie Ford und Coca-Cola reduzieren ihre Mehrheitsbeteiligungen in Südafrika. Pan Am stellt den Flugverkehr nach Johannesburg ein. Südafrika, rechnen Manager multinationaler Konzerne, schlage nur noch mit „einem Prozent der weltweiten Profite, aber mit zehn Prozent aller Kopfschmerzen“ zu Buche.

Kein Zweifel: Südafrika ist nicht mehr, was es vor kurzem noch war. Anders als in den Boomzeiten der sechziger und siebziger Jahre ist die Wirtschaft schwer angeschlagen. Das Gold, Südafrikas wichtigstes Exportprodukt,

Weißes Militär, Schwarze*: „Nur Leichenzüge ...

im Norden bis Port Elizabeth im Süden, von Kapstadt an der Westküste bis Durban am Indischen Ozean. Einem Steppenbrand gleich hat sich die Revolte gegen die weiße Herrschaft ausgebreitet.

Fast 400 Menschen, darunter nur zwei Weiße, wurden bei den Unruhen seit dem letzten September umgebracht. Denn die Ordnungskräfte setzen Knüppel, Peitschen und Tränengas oft gar nicht erst ein, sondern schießen gleich scharf. Tausende wurden verletzt, rund 10 000 verhaftet, nicht selten von Polizeihäschern bei Ärzten oder in Krankenhäusern aufgespürt.

Während die Staatsmacht schießt, rüsten die Bürger. Weiße Bergleute nehmen die Pistole mit unter Tage. Die Menschen „stocken ihre Munitionsvorräte auf für die Gewehre, die sie nach den Unruhen von 1976 gekauft haben“, weiß ein Waffenhändler in Uitenhage.

Uitenhage, eine Stadt bei Port Elizabeth, steht symbolisch für den jüngsten Ausbruch weißer Gewalt: Am 21. März

Liegt das britische Wirtschaftsmagazin „Economist“ richtig mit seiner Vermutung: „Die gegenwärtigen Herrscher haben seit Sharpeville ein Vierteljahrhundert überlebt und werden möglicherweise auch ein Vierteljahrhundert nach Uitenhage überleben“?

Einen Zeitpunkt für das Ende der weißen Herrschaft am Kap kann niemand voraussagen. Sicher aber ist, daß sie zu Ende geht. Seit Sharpeville und Soweto hat sich die Lage dramatisch verändert:

Schlug damals noch ein selbstbewußtes Regime brutal zurück, wann immer es sich herausgefordert sah, so kennzeichnen heute – trotz gleichgebliebener

Die Opfer hatten Einschußwunden im Rücken

1985, auf den Tag 25 Jahre nach Sharpeville, feuerte dort die Polizei in einen Trauerzug für schwarze Polizei-Opfer und tötete mindestens 20 Menschen. Wie 1960 in Sharpeville hatten die meisten Opfer die Einschußwunden im Rücken.

Ergreifen also 84 Prozent der Bevölkerung, die Nichtweißen, immer noch die Flucht vor 16 Prozent der Bevölkerung, den Weißen, wenn diese nur kräftig draufhalten? Entwarf die Schwarzmalerin Nadine Gordimer absurdes Theater?

* Die Soldaten beobachten einen Lkw, der Schwarze zu einer Beerdigung bringt.



... ziehen langsam“: Beerdigung von Unruheopfern

das 1982 auf dem Weltmarkt 850 Dollar pro Feinunze kostete, bringt heute nur noch rund 310 Dollar. Eine dreijährige Dürre hat Südafrikas Farmer schwer geschädigt. Die Landeswährung Rand verlor innerhalb von 15 Monaten 40 Prozent ihres Wertes, die Inflation stieg auf 16 Prozent.

„Wir wollen keine Panik auslösen“, rät die New Yorker Consulting-Firma Rinfret Associates, „aber wir müssen die Kunden auf das Schlimmste vorbereiten ... Südafrika kann schnell in einen fortwährenden Guerillakrieg rutschen. Unternehmen sollten darauf vorbereitet sein, das Land abzuschreiben, falls es dazu kommt.“

Die Zeichen an der Wand sind deutlich auszumachen: Der verbotene Afri-

Kapstädter Oppositionsabgeordneter), schickt, aberwitzig genug, Kommandounternehmen gegen amerikanische Industrieanlagen aus:

Ende Mai sollten Truppen Anlagen des US-Konzerns Gulf Oil im linken Angola sprengen. Sie wurden entdeckt und in die Flucht geschlagen. Aber ein südafrikanischer Offizier geriet in Gefangenschaft; und nun kann Angola beweisen, wie dringend es jene 30 000 Mann kubanische Hilfstruppen braucht, die Reagan so gern aus Afrika heraus hätte.

„Südafrika sabotiert unsere Außenpolitik“, schimpften Beamte in Washington. Das Konzept von Reagans „konstruktivem Engagement“ – Abzug der Kubaner aus Angola für Südafrikas Zu-

seine Basen in Mosambik räumen. Pretoria verhandelte damals mit Mosambik über Wirtschaftshilfe, mit Angolanern und Amerikanern über Namibias Unabhängigkeit.

Amerikas Afrika-Politik schien Früchte zu tragen. Wider Erwarten schien Entspannung ausgebrochen im Süden Afrikas. Südafrikas Präsident Pieter Willem Botha kündigte den sensationellen Durchbruch an: „Nur Leichenzüge ziehen langsam.“

Doch dann revoltierte die schwarze Masse zu Hause. Und Südafrikas Weißen ging auf, daß sie ihre Herrschaft nicht an den Grenzen von Mosambik, Angola und Simbabwe verteidigen müssen, sondern in Kwanobuhle und Crossroads, in Mamelodi und Alexandra, schwarzen Slums, die das angebliche Paradies am Kap immer schon schwerstens diskreditiert hatten.

Die Aufstände brachen meistens los, wenn Bulldozer anrückten, um die primitiven Behausungen von Slumbewohnern niederzureißen, die „umgesiedelt“ werden sollten. Zum ersten Mal in Südafrikas Geschichte verstärkten Armee-Einheiten die Polizei bei der Niederschlagung innerer Unruhen – was die

Die Schwarzen sind bereit, für ihre Sache zu sterben

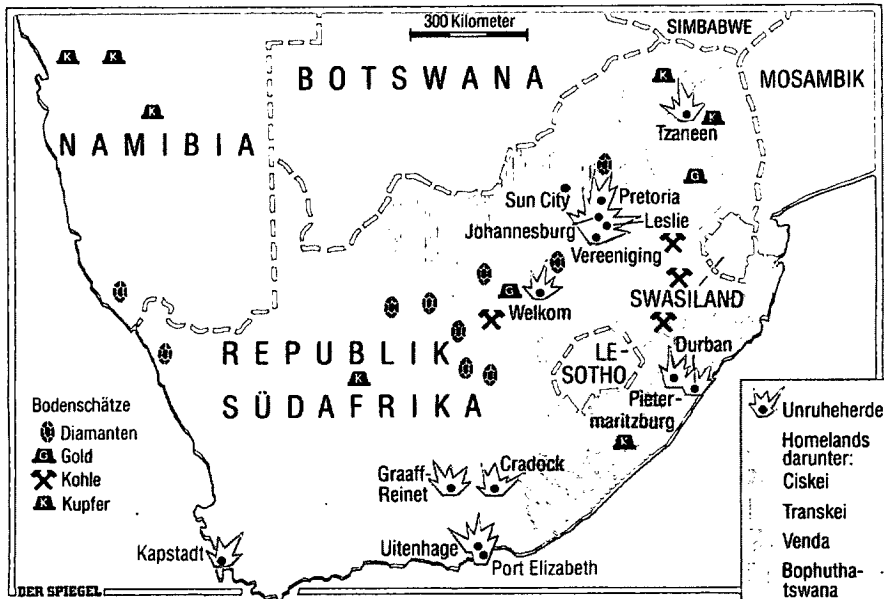
Polarisierung zwischen weißer Staatsmacht und schwarzen Untertanen weiter verschärfte.

Die „schwarze Wut“ in den Townships erinnert die „New York Times“ an die „geschichtlichen Phantome von Sklavenaufständen“. „Hinter den in immer kürzeren Abständen aufflammenden Unruhen“ vermutet der Führer der oppositionellen Progressiven Föderalen Partei (PFP), Frederik van Zyl Slabbert, „feste Führung und Organisation“. Bischof Tutu hält entgegen: „Wenn du einen Nagel im Schuh hast, brauchst du keinen Agitator, der dir sagt, daß dein Fuß schmerzt.“

Die Schmerzen der Schwarzen: Sie sollen sich mit 13 Prozent des Bodens zufrieden geben, obwohl sie fast drei Viertel der Bevölkerung stellen. Sie werden in Schnellverfahren verurteilt, wenn sie sich unbefugt in „weißen“ Gebieten aufhalten. Sie haben einen Arzt für 12 000 Menschen, die Weißen für 330. Sie erhalten für die Ausbildung ihrer Kinder nur ein Achtel der Summe, die der Staat für weiße Schüler ausgibt. Sie dürfen nicht wählen.

„Es ist nur noch eine Frage der Zeit“, warnt die Johannesburger Schwarzen-Zeitung „Sowetan“, „bis die Unruhen auf die Viertel der Weißen übergreifen.“ Der geschichtliche Anachronismus des letzten weißen Minderheitsregimes in Afrika wird immer offenkundiger.

Aus Elend und Unfreiheit drängen die Schwarzen nach oben. Mögen viele von



can National Congress (ANC), die Befreiungsbewegung der Schwarzen Südafrikas, verübte seit Januar mindestens 30 Sabotageakte und Bombenanschläge. Ende Mai schlug die Organisation zweimal im Zentrum von Johannesburg zu. Bomben detonierten vor einem Büro der Armee und Räumen einer Organisation, die Geschenke an Soldaten schickt, und verletzten über 20 Menschen.

Der Staat, der sich so gern als kapitalistisches Wunderland mit sicherer weißer Herrschaft darstellte, als herausragendes Beispiel europäischer Schaffenskraft in einem unruhigen, chaotischen Erdteil, der sich als Bollwerk verstand unter lauter moskauhörigen, unfähigen, korrupten Potentaten – Weiß-Südafrika erscheint heute wie ein Gigant auf tönernen Füßen, der von einstigen Freunden einem dunklen Schicksal anheimgegeben ist und, kopflos geworden, seinerseits seine besten Freunde verprellt.

Der Partner, auf dessen Hilfe die Buren fest rechnen zu können glaubten, die Reagan-Administration in Washington, ist empört. Denn Südafrikas Verteidigungsminister Magnus Malan, „der Gaddafi des südlichen Afrika“ (so ein

stimmung zur Unabhängigkeit Namibias – scheiterte endgültig: Für den 17. Juni kündigte Pretoria die Einsetzung einer Übergangsregierung von Südafrikas Gnaden in der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwest an, einem Mandatsgebiet, das es nach Ansicht der Unomehrheit widerrechtlich beherrscht.

Der Apartheidstaat, so die „Washington Post“, „unterdrückt nicht nur zu Hause die schwarze Mehrheit; er gibt auch der weißen Minderheit die Macht und Arroganz, Südafrikas Nachbarn zu peinigen“. Aufgebracht über den Sanktionsbeschluß des US-Kongresses drohte der stellvertretende südafrikanische Außenminister Louis Nel, eine Million Gastarbeiter aus Nachbarländern auszuweisen.

Vor zwei Jahren hatte Pretoria seine militärische Stärke genutzt, um die schwarzen Nachbarn an den Verhandlungstisch zu zwingen. Die Abkommen von Nkomati und Lusaka, die 1984 mit amerikanischer Hilfe zustande kamen, verpflichteten die Linksregime in Mosambik und Angola, Widerstandskämpfer aus Südafrika und Namibia nicht mehr zu unterstützen. Der ANC mußte

„Das ist der Todesstoß für die Weißen“

SPIEGEL-Interview mit dem radikalen Buren Eugene Terre Blanche über die Apartheid

Eugene Terre Blanche, 41, ist Führer der „Afrikaner Weerstandsbeweging“ (AWB), die zur Verteidigung der reinen Rassenlehre gegründet wurde.

SPIEGEL: Herr Terre Blanche, das Mischehenverbot und der Unzuchtspargraph, der körperliche Liebe von Menschen verschiedener Hautfarbe unter Strafe stellte, sind abgeschafft. Wie finden Sie das?

TERRE BLANCHE: Das ist der Todesstoß für die Weißen. Die Regierung hat jetzt kein moralisches Recht mehr, die anderen Apartheidsgesetze beizubehalten. Wenn die Mischung von Blut erlaubt ist, wenn man sagt, es verstößt nicht gegen Gesetz und Heilige Schrift,

TERRE BLANCHE: Ich bin realistisch. Es gibt keinen Konsensus zwischen den Weißen in Südafrika und den Schwarzen in Afrika. Wo Schwarze die Macht übernommen haben, wurden den Weißen Eigentum und Renten weggenommen. Sie wurden aus ihren Fabriken vertrieben, ihr Besitz angezündet.

SPIEGEL: Doch eigentlich nur, wenn es zum Krieg kam...

TERRE BLANCHE: Ich suche keinen Krieg, aber ich habe auch keine Angst davor. Ich habe keine Angst zu kämpfen – wirklich nicht. Die Regierung hat jetzt Umstände geschaffen, die eine weiß-schwarze Konfrontation unausweichlich machen.

SPIEGEL: Sie wollen ein weißes Heimatland...

TERRE BLANCHE: ...einen weißen Volksstaat.

SPIEGEL: Wo?

TERRE BLANCHE: Wir hatten früher die „Zuidafrikaanse Republiek“ und die Republik „Oranje Vrystaat“ (die heutigen Provinzen Transvaal und Oranje-Freistaat). Die haben uns die Engländer gestohlen, nachdem sie zwei Drittel unseres Volkes umgebracht hatten.

SPIEGEL: Die Buren mußten nach zwei verlorenen Kriegen 1902 mit den Engländern Frieden schließen. Wollen Sie zurück zur Jahrhundertwende, einen dritten Burenkrieg vielleicht?

TERRE BLANCHE: Wir schauen vorwärts, damit uns vor der nächsten Jahrhundertwende nicht die Revolution einholt. Die Juden haben erst nach 2000 Jahren ihr Land zurückbekommen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das erreichen?

TERRE BLANCHE: Wir müssen uns von Botha und seinen Mischlingen am Kap trennen, wenn wir bei den nächsten Wahlen gewinnen. In Transvaal und im Freistaat haben wir keine Mischlingsprobleme, 85 Prozent der Mischlinge leben in der Kap-Provinz.

SPIEGEL: Sogenannte rassische Fehltritte hat es auch bei Ihren Leuten doch auch immer wieder gegeben.

TERRE BLANCHE: Ja, es gab Ausnahmen, einzelne Schwächlinge. Aber vergessen Sie nicht, wir sind auf den großen Treck aus dem Kapland gegangen, als die Engländer dort die Rassenschande abschafften.

SPIEGEL: Die Buren haben aber, wissenschaftlich nachgewiesen, durchschnittlich ungefähr sieben Prozent „dunkles“ Blut.

TERRE BLANCHE: Die Kapländer ja, aber nicht die Buren in Transvaal und im Freistaat. In 99 Prozent der Fälle – die dann vielleicht doch mal vorgekommen sind – ging der weiße Mann zur schwarzen Frau. Eine weiße Frau mit einem Schwarzen, das hat es so gut wie nie gegeben. Also, wenn dann Kinder geboren wurden, wuchsen die unter Schwarzen auf. Mit solchen Mischlingen haben wir nichts zu tun.

SPIEGEL: Sind Sie persönlich völlig sicher, daß Sie ausschließlich weiße Vorfahren haben?

TERRE BLANCHE: Natürlich.

SPIEGEL: Wer soll denn in Ihrem weißen Staat, wenn es jemals so weit käme, die Arbeit machen?

TERRE BLANCHE: Viele Jahre lang wird es dort auch noch viele Schwarze geben. Denn man kann sie nicht einfach



Terre Blanche (r.), SPIEGEL-Redakteur*: „Ich habe keine Angst zu kämpfen“

daß aus solchen Beziehungen Kinder geboren werden, dann darf man die auch nicht zu Bürgern zweiter Klasse machen.

SPIEGEL: Sie sagen es selber: Apartheid, besonders jene reine Apartheid, die Sie erhalten wollen, macht Nicht-Weiße zu Menschen zweiter Klasse.

TERRE BLANCHE: Apartheid ist für mich nicht Unterdrückung. Sie ist Ordnung zwischen verschiedenen Rassen. Menschen verschiedener Hautfarbe werden in Frieden auseinandergehalten. Nirgendwo in Afrika, wo der weiße Mann in der Minderheit war, haben ihn die Schwarzen in Ruhe gelassen.

SPIEGEL: Die weißen „Afrikaaner“ leben schon seit über 300 Jahren in Afrika und dennoch haben sie solche Angst vor den Schwarzen?

SPIEGEL: Deswegen nennt man in Ihren Kreisen den Staatspräsidenten Pieter Botha einen „Verräter“?

TERRE BLANCHE: Wenn Ihnen ein anderes Wort einfällt, ein Äquivalent, dann bitte. Er ist der größte Ausverkäufer der Afrikaaner-Nation.

SPIEGEL: Er ist der erste südafrikanische Staatschef, der nach fast vierzig Jahren Apartheid versucht, mit zaghaften Änderungen den Weißen das Überleben zu sichern. Ist das so schlimm?

TERRE BLANCHE: Der weiße Mann wird untergehen, wenn Botha seinen Weg fortsetzt.

SPIEGEL: Stimmt es, daß Leute wie Sie ihre Hunde „Botha“ rufen?

TERRE BLANCHE: Ich glaube nicht, daß jemand, der sein Tier liebt, ihm einen solchen Namen gibt.

* Paul M. Schumacher in Pretoria.



Gepanzertes Fahrzeug im Einsatz gegen Schwarze: „Eine gewaltige Explosion ist nicht auszuschließen“

aufladen und in ihre Heimatländer schafften. Wir müssen diese Gebiete zunächst lebensfähig machen.

SPIEGEL: Sie sind Farmer. Haben Sie schwarze Arbeiter?

TERRE BLANCHE: Nur zwei, denen schenke ich Arbeit.

SPIEGEL: Es heißt, Sie hätten Nazi-Sympathien?

TERRE BLANCHE: Die linke Propaganda lügt, wenn sie behauptet, ich sei ein reiner Nationalsozialist. Tatsächlich bin ich Afrikaaner-Nationalist. Paul Krüger steht mir näher als Adolf Hitler.

SPIEGEL: Wenn man sieht, wie Sie mit ausgestrecktem Arm und offener Hand am Ende einer Rede grüßen, könnte man etwas anderes vermuten.

TERRE BLANCHE: Wenn ich mit Feuer und Liebe meine Sache vertrete und einigen Juden wird angst dabei, dann müssen die eben Angst haben. Ich bin ein Sohn dieses Landes.

SPIEGEL: Sie haben der neuen südafrikanischen Verfassung, die seit September letzten Jahres erstmals auch braunen Südafrikanern politische Mitsprache einräumt, 18 Monate Zeit gegeben. Für danach prophezeien Sie „die große blutige Konfrontation“. Wo werden Sie dann sein?

TERRE BLANCHE: Ich werde mit aller Kraft, mit meiner gesamten Bewegung, für Ordnung, Recht und Sicherheit eintreten. Wenn aber alle Ordnung zerfällt, dann werden wir dieses Land mit Gewalt zurückerobern.

SPIEGEL: In weniger als zwölf Monaten geht es also los?

TERRE BLANCHE: Na ja, das Datum ist nicht so wichtig. Aber wenn die Regierung kapituliert – und ich bin davon überzeugt –, dann kämpfen wir. Wir Buren haben kein anderes Zuhause als dieses Land – oder wollen Sie uns in Deutschland haben?

SPIEGEL: Nein.

Afrikas unabhängigen Staaten hungern, mögen ihre Einwohner, ihre Minderheiten zumal, unter dem Terror von Diktatoren und Putschisten leiden – die südafrikanischen Schwarzen wollen ihre Fahne, ihre Hymne, ihren eigenen Staat, den sie „Asania“ nennen.

Dabei hätten die Schwarzen, so argumentiert sogar ein südafrikanischer Regimekritiker wie der liberale Wirtschaftskapitän Harry Oppenheimer, bis vor kurzem Chef des Minenkonzerns Anglo American Corporation, heute weniger Grund zur Rebellion als zur Zeit des Soweto-Aufstandes:

- ▷ 1976 saßen im Parlament nur Weiße, heute sind dort schon Mischlinge und Inder vertreten.
- ▷ 1976 durften Schwarze nirgendwo außerhalb ihrer „Heimatländer“ Grund besitzen, heute können sie an einigen Orten Haus und Boden kaufen.
- ▷ 1976 war in der Industrie noch fast alle qualifizierte Arbeit per Gesetz ausschließlich Weißen vorbehalten, heute ist das System der Arbeitsplatzreservierung weithin außer Kraft.

Doch die Geschichte lehrt, daß Revolutionen meistens dann ausbrechen, wenn sich die Machthaber bereits Zugeständnisse haben abringen lassen:

Frankreichs Ludwig XVI. hatte 1789 am Vorabend seines Sturzes zum ersten Mal seit hundert Jahren die Generalstände einberufen. Ungarns Stalinisten wollten 1956 das Volk beschwichtigen, indem sie als Staatsfeinde hingerichtete und verscharrte Führer feierlich umbetteten. In Portugal durften 1970 linkskatholische Oppositionsabgeordnete ins Parlament einrücken. Die Revolten waren dennoch nicht zu stoppen.

Heute läßt sich Südafrikas unterster Stand nicht mehr mit Halbheiten abspeisen. Das Tempo vorsichtiger Reformen hält nicht Schritt mit der Dynamik ständig steigender Erwartungen der Schwarzen. Mögen jene Reformen „gar nichts für die Außenwelt, sehr wenig für die Schwarzen, aber wahnsinnig viel für die Weißen“ bedeuten, wie die Oppositions-

politikerin Helen Suzman erklärte – sie kommen zu spät und heizen nur Forderungen nach mehr an.

„Die Zeit ist schwarz“, beschreibt der im Exil lebende südafrikanische Dichter Breyten Breytenbach Südafrikas Zukunft. Die Schwarzen hätten zwar „noch keine Mehrheitsstrategie für eine Revolution“, aber es gebe unter ihnen „eine innere Befreiung, ein kulturelles Selbstbewußtsein, das sich in der Bereitschaft ausdrückt, für die Sache zu sterben. Der Punkt ist erreicht, an dem es keine Umkehr gibt“.

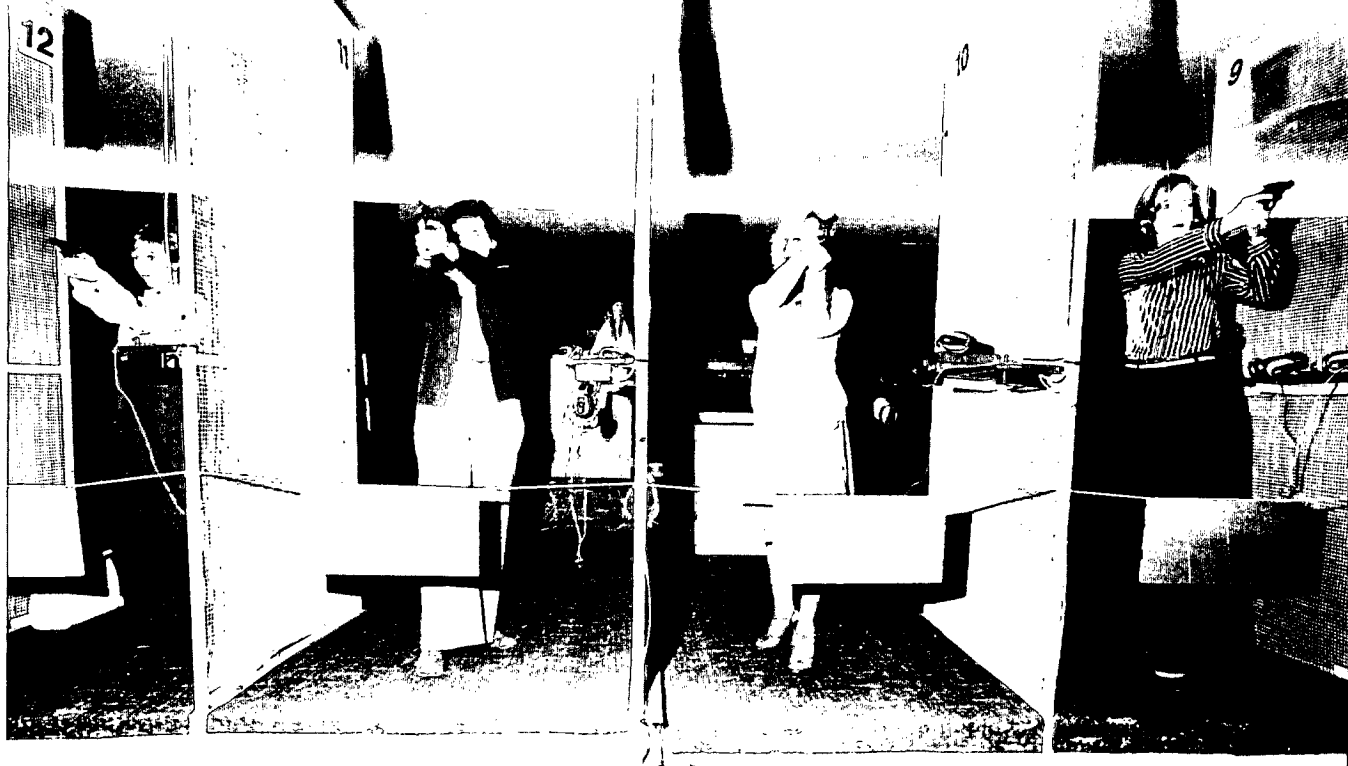
„Es ist jetzt unsere Aufgabe, eine unregierbare Lage herzustellen“, erklärt Thami Mali von der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), einem Dachverband von über 600 Organisationen

Den Zeitpunkt für eine friedliche Lösung verpaßt

und Kirchengruppen, welche die Apartheid bekämpfen. Der Staat soll gezwungen werden, „bestimmte Gebiete zu befreiten Zonen zu erklären“.

So etwas Ähnliches gibt es schon im Polizeistaat Südafrika. In der schwarzen Slum-Stadt von Cradock in der Kapprovinz reden sich die Menschen mit „Genosse“ an. Kleinkinder heben die Faust zum Gruß „Amandla ngawethu“ – „Die Macht dem Volke“. Die Behörden haben es aufgegeben, einen Slogan an Cradocks Fußballplatz zu entfernen, weil er am nächsten Tag wieder da wäre: „Viva Umkonto we Sizwe“ – Umkonto we Sizwe, Speer der Nation, heißt die Untergrundarmee des ANC.

In Sebokeng, 80 Kilometer südlich von Johannesburg, leben die Mitglieder des schwarzen Stadtrates in einer Festung hinter Stacheldraht, bewacht von schwerbewaffneten Posten, als Flüchtlinge vor ihren eigenen Bürgern, die ihre „Exilregierung“ verhöhnen. Dem Bürgermeister Esau Mahlatsi wurden Haus und Geschäfte niedergebrannt, sein Stellvertreter Sam Dlamini starb unter



Weißer Frauen bei Schießausbildung in Johannesburg: „Südafrika kann schnell in einen Guerilla-Krieg rutschen“

Haumessern, seine Leiche wurde mit Benzin übergossen und verbrannt. Kein Wunder, daß sich da für Nachwahlen am 20. Mai keine Kandidaten meldeten.

„Wenn Schwarze auch Schwarze angreifen“, so Bischof Tutu, „beweist das nur, daß die Verbitterung ein Niveau erreicht hat, das eine gewaltige Explosion nicht mehr ausschließt.“ Und die Regierung findet neuerdings bei den Schwarzen keine ansprechbare Autorität mehr. Nun rächt sich, daß die Weißen über Jahrzehnte hin alle wirklichen schwarzen Führer ausgeschaltet hatten:

„Gebannt“, das heißt mit Hausarrest und Redeverbot belegt, wie den 1967 verstorbenen Friedensnobelpreisträger Albert Luthuli; eingesperrt wie den ANC-Führer Nelson Mandela; ins Exil getrieben wie Mandelas Vize Oliver Tambo; umgebracht wie 1977 den Studentenführer Steve Biko.

Es scheint, als ob die weißen Minderheiten den Zeitpunkt für einen friedlichen Wechsel verpaßt hat und das Land – vielleicht gar die Region – einer Tragödie entgegenreibt. Afrikas „weißer Stamm“, wie sich die Buren stolz nennen, bangt um sein Überleben. Er schwankt zwischen blutiger Repression und verblüffenden Konzessionen:

- ▷ Da bietet die Regierung ihrem Staatsfeind Nummer eins, Nelson Mandela, öffentlich die Freilassung an – und verhaftet 16 Führungsglieder der legalen Oppositionsbewegung UDF.
- ▷ Da erzählen Beamte vertraulich, das ANC-Problem sei durch die Liquidierung aller Kader zu lösen – und staatsreue Südafrikaner fahren mit dem Segen höchster Stellen zu Gesprächen mit ANC-Exil-Führern nach Sambia.

▷ Da lassen die Behörden an einem Tag Menschen zusammenschießen, weil die ihre illegal errichteten Siedlungen nicht aufgeben wollen – und widerrufen am nächsten Tag den Räumungsbefehl.

▷ Da nimmt die Polizei Tag für Tag Hunderte von Schwarzen fest, weil sie sich unberechtigt in irgendwelchen Landesteilen aufhalten – und die Regierung legt gleichzeitig ein Gesetz vor, das die Bewegungsfreiheit der Schwarzen erweitern soll.

Das Tohuwabohu entspringt einer tiefen Verunsicherung der Apartheidsapostel, ist mit einer systemimmanenten Schizophrenie zu erklären.

Südafrikas Credo der Rassentrennung fordert, die Schwarzen in entlegene „Heimatländer“ auszubürgern. Südafri-

„Die Weißen brauchen das Talent der Schwarzen“

kas kapitalistische Wirtschaft aber braucht die Schwarzen dort, wo Produktion und Handel florieren sollen.

Selbständige schwarze Handwerker verrichten in Johannesburg Bauarbeiten, welche von den Behörden abgenommen werden – obwohl die Schwarzen in der Stadt gar nicht tätig werden dürfen.

Johannesburgs Geschäfte, die ausschließlich Weißen gehören, erzielen 60 Prozent ihres Umsatzes mit schwarzen Kunden; und die meisten Läden würden ohne diese Käufer bankrott gehen – dabei haben Schwarze, abgesehen von Hauspersonal, in der Stadt kein Wohnrecht.

„Wir Weißen allein können wirtschaftlich nicht überleben“, sagt der Ökono-

mieprofessor Willie Esterhuysen, ein Berater des Präsidenten Botha. „Wir brauchen das Talent von Mischlingen und Schwarzen, und das erfordert eine beträchtliche ständige Stadtbevölkerung.“ Der Gelehrte weiß aber um die Gefahr für die Staatsdoktrin: „Es ist ein Dominospiel: Wenn du einen Stein anstößt, fallen sie alle.“

Die Schwarzen spüren, wie leicht die Steine zu erschüttern sind. 1984 organisierten sie 469 Streiks, so viele wie nie zuvor in einem Jahr in Südafrika. An einem Zwei-Tage-Streik im November für höhere Löhne und mehr Rechte der Arbeiter im Gebiet von Johannesburg beteiligten sich mindestens 500 000 Arbeitnehmer.

Der Streik offenbarte einmal mehr den Widerspruch zwischen Staatsmacht und Kapital: Die Privatindustrie ließ die Streikenden weitgehend unbehelligt. Der Staatsbetrieb Sasol aber feuerte 6000 Arbeiter. Die Industrie führte mit Gewerkschaftsfunktionären Gespräche. Die Regierung aber nahm Gewerkschafter als „Rädelsführer“ fest.

„Mitten in unseren Verhandlungen“, beschwerte sich der Generaldirektor der Industriekammer FCI, „hat uns Le Grange die Gesprächspartner weggenommen.“ Louis Le Grange, der Minister für Gesetz und Ordnung, fand die Einstellung der Wirtschaft „traurig“.

Le Granges Polizei verfolgt Gewerkschafter als besonders gefährliche Staatsfeinde. Sie nahm den Funktionär Andries Raditsela unter fadenscheinigen Gründen fest und richtete ihn derart zu, daß der Gewerkschafter starb. „Die Regierung wird nicht zulassen“, erklärte Innenminister Frederik de Klerk, „daß Gewerkschaften Starttrampeln für die Erringung politischer Macht werden.“

Zwar hat sich die Lage etwa der schwarzen Bergarbeiter gebessert – vor 15 Jahren verdienten sie nur ein Zwanzigstel ihrer weißen Kollegen; heute, nach Angaben schwarzer Gewerkschaftsführer, immerhin schon ein Sechstel. Doch der schwarzen Arbeitnehmerbewegung verschaffte das nur Auftrieb.

Heute gehören von den knapp 500 000 schwarzen Bergleuten 130 000 der Gewerkschaft an. „Die aufblühenden

„Eine Art Israel in Afrika“

schwarzen Gewerkschaften“, so Londons „Guardian“, „stellen für die Regierung den Geist aus der Flasche dar, der nun nicht mehr zu bändigen ist.“

Der neue Geist wird sich um so weniger wieder einfangen lassen, als ihn die Wirtschaft unterstützt. In einem Sieben-Punkte-Plan verlangen sieben Unternehmerverbände, die 80 Prozent von Südafrikas Arbeitnehmern beschäftigen, ausdrücklich die allgemeine Zulassung unabhängiger Gewerkschaften. Ebenso fordern sie südafrikanische Staatsbürgerrechte für die Schwarzen, die Abschaffung der Arbeitsplatzreservierung für Weiße und die Erlaubnis für Schwarze, überall Geschäfte zu gründen – praktisch die Aufhebung der Apartheid.

Die Handelskammer von 350 US-Firmen in Südafrika fordert darüber hinaus die Abschaffung des Vertragsarbeitersystems, das Schwarze elf Monate im Jahr von ihren Angehörigen trennt, und der Paßgesetze. Denn das „Recht auf Bewegungsfreiheit“ gehöre zu den „Herzstücken der freien Marktwirtschaft“.

Die Unternehmer wollen offenkundig die Marktwirtschaft retten und der Vorstellung vieler Schwarzer entgegenzutreten, daß Kapitalismus und Apartheid zwangsläufig zusammengehörten. Die Absetzbewegung hat begonnen: Spitzenmanager von Ford, General Motors und vier weiteren in Südafrika vertretenen US-Konzernen empfangen in Amerika den ANC-Exilchef Oliver Tambo.

Kernige Buren verachten solche Rückversicherung bei den Schwarzen. Sie halten es mit ihren Vorvätern, die im 17. Jahrhundert aus Kap gesegelt waren, im 19. Jahrhundert auf den legendären „großen Treck“ nach Norden gingen und den weißen Herrschaftsanspruch aus dem Alten Testament (3. Mose 25, 44) begründeten: „Willst du aber leibeigene Knechte und Mägde haben, so sollst du sie kaufen von den Heiden, die um euch her sind.“

Die schwarzen Heiden von damals beten zwar inzwischen überwiegend auch zu Christus. Aber das Sendungsbewußtsein der Buren lebt: Ihr Glaube und ihre Sprache, das Afrikaans, sind für Natio-

nalismus ähnlich bestimmend geblieben wie der Judentum und das Hebräische für den Zionismus. Die Buren suchen – so vor zehn Jahren einer von ihnen, P. J. Cillie, damaliger Chefredakteur der Kapstadter Zeitung „Die Burger“ – „eine Art Israel in Afrika mit einem von Gott bestimmten Schicksal“.

Dabei betrachten sie sich als Afrikas erste Freiheitskämpfer gegen den britischen Imperialismus, die zwar den Krieg (1902 gegen England) verloren, aber den Frieden gewannen.

Von Kriegen verschont, arbeiteten sich die Weißen am Kap in diesem Jahrhundert vom armen Bauernvolk zu einer Nation hoch, deren Wohlstand und Lebensqualität mit dem Australiens und Kaliforniens zu vergleichen war. Daß der Reichtum weitgehend auf Kosten einer schwarzen Helotenmasse erwirtschaftet wurde, belastete die Buren nicht: Schließlich erhielten die schwarzen Arbeiter die abgelegten Kleider der Familie, und die Hausfrau kümmerte sich schon mal persönlich um die kranke Köchin.

Den Wohlstand der Weißen sollte angesichts einer ständig wachsenden schwarzen Übermacht* die Apartheidslehre des deutschstämmigen Missionarssohns Werner W. Max Eiselen für die Zukunft sichern. Nach der Machtübernahme der bis heute ununterbrochen regierenden Nationalpartei wurde sie 1948 zur Staatsdoktrin erhoben:

Jede ethnische Gruppe „bewahrt sich

ihre Identität“, indem sie sich in einem eigenen Territorium selbst regiert. Den Schwarzen wurden entsprechend ihrer Stammeszugehörigkeit Reservate zugewiesen, die „Bantustans“ oder „Heimatländer“. Damit war für Südafrika die „brasilianische Lösung“ einer ungehinderten Vermischung der Rassen vom Tisch – und der Konflikt programmiert. Denn in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnten die Schwarzen nicht mehr einfach abgespeist werden wie die Buschmänner vor 150 Jahren.

Die Weißen verschärften die sich abzeichnende Konfrontation, indem sie viel zuviel Land für sich selbst reservierten. Sie übersahen dabei aber nicht, daß ihre Wirtschaft ohne die Schwarzen schwerlich funktionieren konnte. „Da sich die Politik der Apartheid niemals ehrlich anwenden ließ“, so der Kapitalist Oppenheimer, „degenerierte sie in eine Politik der Unterdrückung.“

Sichtbarster Ausdruck dieser Unterdrückung ist die sogenannte „Labour Regulation“, nach Ansicht des Oppositionspolitikers David Dalling von der



Bewaffnete Weiße in Südafrika: Colt im Büstenhalter

* Gegenwärtige Geburtenrate bei Schwarzen 5,20, bei Weißen 2,08; das ist weniger als die zum Erhalt der Bevölkerungszahl erforderliche Rate von 2,10.

PFP „ein Euphemismus für die Zwangs-rücksiedlung von Menschen, die dort Arbeit suchen, wo es ihnen die Apart-heit nicht gestattet“.

Die Menschen aus den Reservaten dürfen nur nach Weiß-Südafrika kommen, wenn sie einen Arbeitsplatz haben. Der Nachweis sowie eine Aufenthaltsge-nehmigung werden von weiß geführten Behörden in ein plastikgebundenes Buch gestempelt. Diesen „Dompas“ („dum-mer Paß“, wie die Schwarzen sagen) müssen sie in Südafrika immer bei sich tragen.

Menschen ohne gültigen Paß werden verhaftet – im vergangenen Jahr waren es rund 160 000, seit Einführung der Paßgesetze schätzungsweise 18 Millionen. Die Justiz arbeitet buchstäblich in Minutenschnelle. Denn 99 Prozent aller



Schwarzen-Führer Tutu
„Gott schütze Afrika“

Fälle werden ohne Anwalt abgehandelt. Im Johannesburg „Commissioner's Court“ erscheinen je Stunde 50 Paß-Sünder vor dem Richter. Das gemurmelte „Schuldig“ geht im Klirren der Hand-schellen unter.

Erstverstöße werden üblicherweise mit Geldstrafen abgetan. In Wiederholungs-fällen setzt es Gefängnis oder Zwangsarbeit in den Minen. In jedem Falle werden die Gesetzesbrecher in ihre „Heimatländer“ zurückverfrachtet. Festnahme, Verfahren, Haft und Rück-transport, so hat ein Abgeordneter ausgerechnet, kosten den Staat pro Paß-Sünder 350 Mark.

Für die Heimatländer gab Südafrika im Finanzjahr 1984/85 rund 3,8 Milliarden Mark aus, etwa zehn Prozent der Staatseinnahmen. Vier der insgesamt zehn – Transkei, Ciskei, Bophuthatswana und Venda – wurden in die international nicht anerkannte Unabhängigkeit entlassen.



Südafrikas Botha, Mosambiks Machel*
„Die Zeit ist schwarz“



Schwarzen-Führer Mandela
„Die Macht dem Volke“

Einige werden inzwischen sogar ihren burischen Ziehv Vätern unheimlich: Des-poten herrschen dort mit ihren Großfa-milien und lassen Regimegegner ver-schwinden. Korruption und politischer Mord sind an der Tagesordnung. Geld wird sinnlos verschwendet. Beispiel:

Häuptling Patrick Mphephu von der Republik Venda im Norden Südafrikas ließ sich für 200 000 Mark einen Luxus-BMW liefern. Die Limousine ist ringsum kugelsicher und wird im Notfall, bei

automatischer Abschaltung der Klimaanlage, im Wagenin-tern mit Sauerstoff versorgt. Wenn der Häuptling über die weitgehend unbefestigten Stra-ßen seiner Republik reist, kann er über Lautsprecher zu seinen darben den Untertanen reden.

Die Bewohner von Venda und der anderen Heimatländer müssen sich von einem Arbeitsbüro als Wanderarbei-ter anheuern lassen, um legal aus ihren Territorien herauszu-kommen. Einige wenige dür-fen ihre Familien mit nach Südafrika nehmen, wo sie in militärlager-ähnlichen, firmen-eigenen Wohnquartieren le-ben. Die meisten werden nach Geschlechtern getrennt in ries-igen, mit Stacheldraht um-zäunten Wohnheimen in kar-gen Zimmern für sechs bis zwölf Personen untergebracht.

Die Männer vergnügen sich in ihrer Freizeit bei Glücks-spiel und Alkohol. Homo-sexualität ist verbreitet. An Wochenenden stehen grell ge-schminkte Dirnen an den To-ren Schlange. Die städtischen Schwarzen nennen die Wan-derarbeiter, die oft bunte Decken und keulenartige Stöcke („Knobkierries“) tragen, „Maguduga“, Bauerntöpel.

Städter und Magudugas, aber auch Magudugas von verschiedenen Stäm-men, liefern sich mitunter blutige Kämp-fe, bei denen es Verletzte und Tote gibt. Davon berichtet das Staatsfernsehen

Die Waffen der Schwarzen kommen aus dem Ostblock

dann besonders ausführlich. Die Bot-schaft: Südafrikas schwarze Völker wür-den sich endlos befehlen, wenn nicht der weiße Mann es mit ordnender Hand verhinderte.

„Laßt uns damit aufhören, dem Feind Gelegenheit zu geben, unsere Probleme auszubeuten“, meldete sich die ANC-Führung aus dem Exilhauptquartier in Sambias Hauptstadt Lusaka. Der ANC „verfügt heute sicherlich über eine grö-ßere Gefolgschaft und mehr Ansehen als zu der Zeit, da er verboten wurde“ (1960), urteilt die Londoner „Financial Times“. Auf Versammlungen entrollen Redner ANC-Fahnen. Wenn ANC-Mit-glieder im Zentralgefängnis von Pretoria als „Terroristen“ hingerichtet werden, läuten in den schwarzen Vorstädten Kir-chenglocken für die „Märtyrer“. In Got-tesdiensten singt die Gemeinde die ANC-Hymne „Nkosi sikelele Africa“, „Gott schütze Afrika“.

Südafrikas Regierung stellt die 1912 gegründete Bürgerrechtsorganisation

* Bei der Unterzeichnung des Vertrags von Nkoma-ti am 16. März 1984.

„Respekt vor menschlicher Würde“

Zwangsumsiedlung in Südafrika am Beispiel des Ortes Mathopestad

Die Ernte des Sorghum, landläufig Kaffernkorn genannt, ist eingebracht. Die Rinder stehen satt in den abgeernteten Maisfeldern und rupfen genüsslich die grünen Reste von mannshohen Stauden. Es ist – in normalen Jahren – die Zeit des Erntedanks in Mathopestad, wenn in großen Kübeln milchiges Hirsebieb angelassen wird.

Doch in diesem Jahr können sich die schwarzen Bauern des Fleckens im westlichen Transvaal nicht freuen. Sie befürchten, daß sie ihre letzte Ernte eingebracht haben. Sie haben Angst, daß vor Morgengrauen Lastwagen ins Dorf kommen und daß sie mit vorgehaltener Waffe gezwungen werden, Hab und Gut aufzuladen – wie im Dorf Mogopa vor einem Jahr. Stunden später rückten dort Planiermaschinen an, machten Häuser, Schulen und Kirchen dem Erdboden gleich. Ein „schwarzer Punkt“ wurde bereinigt.

„Black spots“ heißen gemäß der Apartheidsideologie jene Gebiete, wo Schwarze zwischen Weißen leben. Doch nicht etwa Tür an Tür – vielmehr in meilenweiter Einsamkeit berühren irgendwo die Weidezäune der Schwarzen jene von weißen Farmern, und das darf in Südafrika nicht sein.

Nach nichtamtlichen Berechnungen wurden in den letzten 25 Jahren mehr als drei Millionen fast ausschließlich nichtweiße Südafrikaner umgesiedelt – vor allem Schwarze, die „wie Warzen auf der makellos reinen, weißen Haut störten“, so der Schriftsteller Vincent Maseti.

Wie Umsiedlung aussieht, erleben jetzt die etwa 3000 Bewohner von Mathopestad. Mißtrauisch verfolgen die Kinder am Dorfrand jedes Auto, das sich weithin sichtbar mit roter Staubfahne nähert, denn man rechnet täglich mit der Zwangsausweisung.

Trotzig schufteten Maurer und Zimmerleute an einem Schulneubau. Davor hängt, in ungelassenen Buchstaben gemalt, ein Schild: „Wir lassen uns nicht aus Mathopestad vertreiben.“

Häuptling John Mathope ist ein Nachfahre jener 22 Familien, die im Jahr 1912 rund 1200 Hektar Land von dem weißen Farmer Cotzee kauften, „für Kinder, Kindeskinde und deren Kinder“.

Es war ein guter Kauf. Das Land gehört zum sogenannten „Mais-Dreieck“, wo auch weiße Farmer ertragreiches Land bestellen. Im Dorf gibt es elf Traktoren und elf Bohrlöcher, und nach guten Sommerregenfällen

führt ein Bach den ganzen Winter hindurch reichlich Wasser. „Wenn weiße Besucher kommen, sagen sie, wir leben ja so gut wie die Buren“, erzählt der Dorfschulmeister.

55 Jahre lang blieben die Schwarzen vom Bakubung-Stamm unbelehrt von der Apartheid. Noch heute versichern sie, daß der „groot baas“ für sie Präsident Pieter Willem Botha sei, und der werde wohl auch „das Unglück“ nicht zulassen.

Das begann, als die Türen aller Häuser in Mathopestad – überwiegend solide Steinbauten mit Gärten, und nur vereinzelt Wellblechwänden – plötzlich nummeriert wurden.



Schwarze in Mathopestad: „Wir lassen uns nicht vertreiben“

Die Behörden verweigerten den Schwarzen zudem plötzlich den Bau eines Krankenhauses und einer weiteren Schule (die sie jetzt doch bauen), verlegten keine Telephonkabel mehr und lehnten mehreren (derzeit illegalen) Geschäftsbesitzern die Handelslizenzen unter Hinweis auf die bevorstehende Umsiedlung ab.

Die weiße Regierung bot den Bewohnern von Mathopestad 2000 Hektar Land in rund 100 Kilometern Entfernung an der Grenze des „Heimatlandes“ Bophuthatswana in Sichtweite der Amüsiermetropole Sun City an. Dort könnten sie sich „Spaß mit ihrem Geld“ machen. Sie sollten ihr Gemüse in Sun City verkaufen, außerdem gäbe es dort jede Menge Arbeitsplätze.

Das vorgesehene Siedlungsgebiet für die Bakubung, genannt Oderstepoort, ist ein riesiges Toilettencamp. In endlosen Reihen stehen mitten im ungerodeten, staubigen Busch blecherne Häuschen mit Plumpsklos. Zu jedem der Verschläge, die im Winter eiskalt, im Sommer kochendheiß sind, gehören winzige Grundstücke von einem Zehntel Acre (400 Quadratmeter) Größe.

„Erbarmen und Respekt vor der menschlichen Würde“, so der frühere Minister für die Schwarzen, Pieter Koornhof, kennzeichnen nach buri-scher Selbsteinschätzung die Zwangsvertreibungen von Millionen Men-

schen. „Der Zynismus ist atemraubend“, urteilt der Johannesburg Journalist Allister Sparks, „und typisch für die Methoden der Regierung, mit Schwarzen umzugehen.“

Bislang steht die Mehrheit der Mathopestad-Bewohner noch unverdrossen hinter Häuptling John. Frauen versorgen den Friedhof, der nach den Traditionen des Ahnenkults niemals verlegt werden darf, außer man würde im Krieg vertrieben.

Neuerdings versuchen die Weißen, John Mathope seinen Häuptlingsposten streitig zu machen. Er soll durch einen jungen, umsiedlungsbereiten Mann ersetzt werden. Das ist nach südafrikanischem Recht möglich: Präsident Pieter Botha ist gleichzeitig der oberste Häuptling im Kap-Staat.



Armut in Südafrika: „Erst kommt die Rezession ...“

dennoch als kommunistisch gesteuert dar. Sie beruft sich vor allem darauf, daß der ANC seine Waffen zu 90 Prozent aus der Sowjet-Union und dem übrigen Ostblock bekommt. Exil-Chef Tambo bestreitet das nicht: „Ohne Waffen von dort gäbe es im südlichen Afrika noch keine Unabhängigkeit.“ Auch die Freiheitskämpfer in Angola, Mosambik und Rhodesien (heute Simbabwe) machten gegen die Kolonialmacht mit roten Waffen Front.

Der große alte Mann des ANC, Nelson Mandela, bezeichnet sich als „Sozialist, aber nicht Marxist“. Er bewundert Englands Westminster-Demokratie und die Gewaltenteilung in den USA. Die lange Haftzeit hat seiner Popularität keinen Abbruch getan, im Gegenteil. Man-

nur unter einer Bedingung annehmen wollte: Aufhebung des ANC-Verbots und sofortiger Beginn von Verhandlungen über die Abschaffung der Apartheid.

Mandelas Erklärung klang so stolz, als ob er sich herablasse, einem Bittsteller zu antworten – so sehr hat sich das Klima zwischen Schwarz und Weiß verändert.

„Es gehört zu den großen Ironien“, schreibt der weiße südafrikanische Schriftsteller Alan Paton, „daß dem

Afrikaaner-Nationalisten mit seinen Apartheidsgesetzen just in jenem Augenblick so viel schwarzer Haß entgegen schlägt, in dem ihm endlich dämmert, daß der Tag der Eroberung vorbei ist und er die ersten schwankenden Schritte (zum Abbau seiner Herrschaft) wagt.“

Die Schwarzen sehen solche Schritte nicht. Zwar dürfen neuerdings Angehörige verschiedener Rassen miteinander Ehe schließen, aber getrennte Wohngebiete, Schulen und Eisenbahnabteile

Die Weißen flüchten in Erweckungskirchen

dela stieg im 22. Zuchthausjahr zu einer internationalen Kultfigur der Jugend auf.

US-Star Stevie Wonder widmete ihm die höchste Auszeichnung aus dem Showgeschäft, seinen Oscar. Die deutsche Jazzelite veranstaltete ein „Concert for a Friend“ für den Südafrikaner. In die Hitliste in England rückte ein Song mit dem Titel „Free Nelson Mandela“.

In Südafrika, so ergaben Umfragen, wünscht sich die überwiegende Mehrheit der Schwarzen Mandela als Präsidenten. Der Nimbus des Mannes ist noch gestiegen, seit er im Frühjahr das Entlassungsangebot des weißen Präsidenten Botha

„Wir erlauben uns, uneins zu sein“

Spannungen zwischen den schwarzen Apartheidgegnern

Wir halten die Freiheit schon in Händen“, beschwor Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu Südafrikas Schwarze, aber „wir zögern sie selbst hinaus, weil wir uns erlauben, uneins zu sein.“ Die legale Opposition der Schwarzen ist in der Tat gespalten:

- ▷ Die große Vereinigte Demokratische Front (UDF), ein Dachverband zahlreicher Organisationen und Kirchengruppen, hält sich an den Grundsatz des verbotenen African National Congress (ANC): „Südafrika gehört allen, die dort leben, schwarz und weiß“ und umschließt alle Hautfarben.
- ▷ Die „Azanian People's Organization“ (Azapo) akzeptiert nur Schwarze in ihren Reihen. „In

einer rassistischen Gesellschaft“, so ihr Generalsekretär Muntu Kamyeza, „kann es keinen nicht-rassistischen Klassenkampf geben.“

- ▷ Die „Inkatha“-Bewegung des Zulu-Führers Gatsha Buthelezi wird von UDF und Azapo kritisiert, weil sie auf Stammesgrundlage beruht und im Gegensatz zu den beiden Organisationen das internationale Disinvestment ablehnt.

Die Meinungsverschiedenheiten führen zu blutigen Kämpfen, die Südafrikas Regierung anheizt: Sie schleust Agents provocateurs und Schlägertrupps in die politischen Gruppen und beutet traditionelle Stammesgegensätze aus – etwa indem sie gegen Xhosa-Demonstranten Zulu-Polizisten einsetzt.

werden beibehalten. Altverhaßte Maßnahmen, so glauben viele, sollen nur neue Namen erhalten. So spricht die Regierung jetzt von „geplanter Urbanisierung“ anstatt von „Zuzugskontrolle“, von „Detention on Demand“ anstatt „Detention without Trial“ – „Wartehaft“ statt „Haft ohne Prozeß“.

Entscheidende Schritte kann Präsident Botha angesichts seiner weißen Wählerschaft nicht einleiten. Vom rechten Flügel seiner Nationalen Partei brachen bereits extremistische Gruppen weg, denen Botha zu liberal ist (siehe Interview Seite 108).

Dabei hat der Bure Botha bestimmt nicht die Absicht, „als ein burischer Samson den Tempel der Apartheid nie-

Vorbei sind die Zeiten, in denen jährlich 30 000 bis 40 000 Einwanderer zum Kap kamen und hoffen konnten, in wenigen Jahren Grundbesitzer zu werden. Heute verfallen die Bodenpreise. Viele Autos bleiben in der Garage, weil Benzin im Februar sprunghaft um 40 Prozent teurer wurde. Neue Wagen leisten sich nur noch wenige: Toyota Südafrika, das im April 1984 noch 26 000 Autos herstellte, drosselte die Produktion im gleichen Monat dieses Jahres auf 15 000.

„Erst kommt die Rezession, dann kommen die Schwarzen“, jammert eine Society-Dame in Pretoria. In den letzten drei Monaten 1984 und den ersten zwei Monaten dieses Jahres stieg die Zahl der Firmenkongresse gegenüber dem Vor-



... dann kommen die Schwarzen": Reichtum in Südafrika

derzureißen“, urteilt der britische Südafrika-Kenner John de St. Jorre über ihn.

Natürlich wollten die Buren nur die Risse im Tempel kitten und Verbündete gegen die wachsende schwarze Macht gewinnen, als sie im letzten Jahr Mischlinge und Inder erstmals zu Parlamentswahlen zuließen. Doch nur etwa jeder vierte der eingetragenen Stimmberechtigten kam zu den Urnen. Die anderen folgten dem Rat des farbigen Pfarrers Allan Boesak, „nicht in das sinkende Schiff der Weißen zu steigen“.

Manche Weiße verlassen das Schiff. Junge Farmer wandern nach Paraguay aus. Sogar Weiße aus Rhodesien, die gekommen waren, als das Nachbarland Simbabwe wurde, gehen zurück. „Für mich war das alles Rhodesien noch einmal“, sagt ein Rückkehrer in Harare, der Hauptstadt, die einmal Salisbury hieß.

jahr um jeweils hundert Prozent. An den Schaufenstern vieler Boutiquen in den Johannesburger Nobelvororten prangen neuerdings ständig Plakate mit der Aufschrift „Sale“, Ausverkauf.

Wann wird Südafrika Asania? Viele Buren beschleicht das Gefühl der beginnenden Endzeit. Aus der beklemmenden Wirklichkeit flüchten sie „in ein Land der Illusion“ (so der Kapstädter Soziologe Ken Jupper) – in obskure Erlösungskirchen. Ein Aufkleber mit einem stilisierten Fisch, dem Zeichen der „wiedergeborenen Christen“, zierte immer mehr Autos. Diesen Monat eröffnet die Sekte „Rhema“ in Randburg, nördlich von Johannesburg, eine aus Spenden finanzierte Riesenkirche mit 5000 Sitzplätzen.

„Glücksplatscher“ nennt Jupper die neuen Gläubigen: „Die Leute haben das Gefühl, der Heiland werde auf jeden Fall noch vor Anbruch der schwarzen Mehrheitsherrschaft kommen.“

INDIEN

Erlösung oder Krankheit

Wo der Ganges den Hindus am heiligsten ist, in Benares, stinkt er zum Himmel. Die Regierung will Klarheit im Fluß schaffen.

Zu seinem Freundschaftsbesuch bei Präsident François Mitterrand in Paris reiste Indiens Premier Radschiw Gandhi am 6. Juni mit einer Flasche an.

Sie war gefüllt mit Wasser des Ganges, und in einem symbolischen Akt der nationalen Verbrüderung wurde das Ganges-Wasser mit dem der Seine gemischt.

Eine höchst anrühige Gabe: „Ganga mata“, Mutter Ganges, wie Indiens 570 Millionen Hindus ihren heiligen Strom nennen, zählt zu den verdrecktesten Wasserläufen der Welt. Die Namen, die das Sanskrit für ihn hat – Freund der Hilflosen, Licht inmitten der Finsternis, Unvergänglicher, Makelloser, Strom von Nektar, Sorgenfreier, Nahrungspender –, sie sind alle nicht mehr wahr.

An seiner heiligsten Stelle, auf Höhe des Wallfahrtsorts Benares, droht er umzukippen – möglicherweise deshalb wurde die Asche Indira Gandhis nach ihrer Ermordung im Oktober vergangenen Jahres nicht dort den Wassern anheimgegeben, wie es Hindu-Tradition ist, sondern im Himalaja, über dem Gangotri-Gletscher, der Quelle des Ganges.

Von Gangotri, wo sein jungfräuliches Naß noch blitzblank aus dem Berg sprudelt, passiert der Strom auf seinem 2700 Kilometer langen Lauf bis zum Golf von Bengalen acht indische Bundesstaaten und das Unionsterritorium von Delhi, über 100 größere Städte und unzählige Dörfer.

Alle am Fluß liegenden Industrien und Kommunen nutzen ihn mehr oder minder als Müllkuhle und Kloake. Schädliche Pestizide und Düngechemikalien zieht sich der Ganges bei Überschwemmungen gewissermaßen selber zu.

Kurz vor seiner Endstation, in der Zehn-Millionen-Stadt Kalkutta, versetzt die Zivilisation dem vielbesungenen Fluß noch einmal einen solchen Umweltschock, daß die bengalischen Fischer immer weniger genießbare Fische fangen.

Noch zu Zeiten Indira Gandhis geplant, soll jetzt die „Operation Ganga“ anlaufen. In fünf Jahren und mit einem Kostenaufwand von 625 Millionen Mark will die Regierung in Neu-Delhi wieder Klarheit in den heiligen Fluten schaffen.

Operationsziel Nummer eins ist Benares, wo täglich allein 130 Millionen Liter Abwässer in den Fluß gehen. Aber nicht nur deshalb ist diese wahrscheinlich älteste bewohnte Stadt der Welt auserwählt für die erste Phase des Großreinmachens: Als Zitadelle des Hinduismus ist sie Anziehungspunkt und Endstation für